

im vergangenen Jahr unter den 250 prominentesten Steuerzahlern Thailands rangierte.

Der Widerspruch zwischen Chamlong und Chana war so offensichtlich, daß selbst der Wählerstamm der Demokratischen Partei gehörig ins Wanken kam. Fortschrittliche Intellektuelle, die eigentlich mit der Demokratischen Partei sympathisierten, gaben die Devise aus, der Partei eine "Lektion" für mangelnde politische Sensibilität zu erteilen. Sie empfahlen, Chamlong als Oberbürgermeister zu wählen, aber Kandidaten der Demokratischen Partei wenigstens ins Stadtparlament zu schicken.

Das fiel in den meisten Bangkok Wahlkreisen nicht schwer, da Chamlong nicht genug eigene Kandidaten für die Stadtratswahlen mustern konnte. Das Wahlergebnis war auch entsprechend: Die Demokratische Partei gewann haushoch mit ihren Kandidaten für den Stadtrat. Daß der neue Oberbürgermeister Chamlong nun Schwierigkeiten haben wird, Mehrheiten im Stadtparlament zu finden, ist naheliegend. Der Konflikt ist also fast vorprogrammiert.

"Maha Chamlong" ist natürlich noch kein Heiliger oder "Phu-mi-Bun". In wenigen Monaten wird sich schon zeigen, ob er das Menschenunmöglich-

che leisten kann, nämlich die Korruption aus der Bangkok Stadtverwaltung zu vertreiben und ihr die notwendige Effizienz zu verleihen.

Bis zum Bekanntwerden der Resultate der Wahl, war ihr Ausgang als völlig unklar betrachtet worden. In den letzten Tagen vor der Wahl waren Chamlong's Chancen sogar stärker bezweifelt worden, nachdem eine Meinungsumfrage des Social Research Institutes der Chulalongkorn University einen leichten Vorsprung zugunsten des Bewerbers der Demokratischen Partei, Chana Rungsaeng, ergeben hatte. Solidaritätsbekundungen von so vielen unterschiedlichen Persönlichkeiten und politisch divergierenden Gruppierungen (von faschistoiden Gruppen über Militärs bis zu sozialdemokratischen Gewerkschaften und einem Teil früherer Anhänger des bewaffneten Widerstands) hatten Chamlongs Image in der Tat gegen Chamlong durch die Demokratische Partei, er sei ahnungsloses Werkzeug von Feinden der Demokratie, erhielten dadurch schnell neue Nahrung.

Schließlich müßten die anderen politischen Gruppen und Parteien seinen unerwarteten meteorhaften Aufstieg in Popularität und schließlichen Wahlsieg als eine schmerzhaft Ohrfeige empfinden.

Chamlong gewann fast 50 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Der Bewerber der Demokratischen Partei erhielt nur etwa die Hälfte von Chamlongs Stimmen. Wenn man die Resultate für die OB-Wahl mit denen für die Gemeinderatswahl vergleicht, wird offensichtlich, daß Chamlong vor allem Stimmen der Demokratischen Partei weggenommen hat und damit für die Wahlniederlage von Chana Rungsaeng verantwortlich ist. Noch ramponierter sieht die Prachakorn Thai aus, die ursprünglich als gefährlichster Gegner der Demokratischen Partei eingeschätzt wurde.

Die Wahlkämpfe mit aussagegelassenen Plakaten, die Kandidaten aus der Oberschicht in geschneigelten Anzügen, Gala-Uniformen oder akademischen Roben zeigten, wurden bei vergangenen Parlamentswahlen von der Bangkok Bevölkerung, die politisch am informiertesten ist, stets mit der geringsten Wahlbeteiligung im ganzen Lande quittiert - nicht viel mehr als 20 Prozent. Diesmal aber - mit Chamlong's Herausforderung - lag die Wahlbeteiligung bei 36 Prozent - ein einmaliges Resultat für die Bangkok Wählerschaft.

Regina von Reuben

## NACHRICHTEN

## THAILAND



**DEATH SENTENCE  
FOR SURACHAI  
HELP SAVE HIS LIFE!**

### Todesurteil für Surachai

Am 29.1.86 wurde der 43jährige Surachai Sae Darn von einem Bangkok Militärgericht zum Tode verurteilt. Surachai ist ein Radio- und Fernsehmechaniker, der sich im Sept. 1976 der Kommunistischen Partei Thailands (CPT) anschloß, einen Monat vor dem blutigen Putsch im Oktober. Im März 1975 wurde er zusammen mit zwölf anderen auf einer Protestdemonstration gegen den korrupten Provinzgouverneur von Nakhon-srithammarat verhaftet. Er wurde später aufgrund des starken Protestes der Bevölkerung von Nakhon-srithammarat wieder freigelassen. Nach Angaben von thailändischen Menschenrechtsgruppen drohte ihm 1976 eine erneute Verhaftung, so daß er sich zur CPT flüchtete. Wegen seiner Redegewandtheit erhielt Surachai des öfteren die Aufgabe, mit Vertretern der Provinzbehörden in staatlichen Entwicklungsprojekten, die sich in CPT-beeinflußten Gebieten befanden, zu verhandeln.

Am 29.6.1981 lud ihn der Provinz-

gouverneur von Surat Thani zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen der CPT und der Regierung ein. Als er jedoch erschien, verhaftete man ihn. Er wurde vor einem Militärgericht angeklagt, dessen Urteil nicht mehr angefochten werden kann. In Haft gehalten, hatte er nicht die Möglichkeit bekommen, gegen eine Kaution freigelassen zu werden, und durfte seit 1981 nicht besucht werden.

Die Anklage gegen ihn lautet folgendermaßen:

1. Zwischen September 1971 und Juni 1981 hat sich Surachai der CPT angeschlossen und war beauftragt, Waffen herzustellen und die Rebellen mit Lebensmitteln zu versorgen.
2. Er war der Führer einer Gruppe von 300 Kommunisten bei einem Bahnüberfall an der Station Phru in der Surat-Thani-Provinz am 26.12.1978, wobei Gehälter für die Provinz Phuket in Höhe von 1,2 Mio. Baht erbeutet wurden.
3. Er hat den Polizeihauptmann Sawai Polchana erschossen, der

sich geweigert hat, den Schlüssel des Tresors mit dem Geld herauszugeben.

Der international bekannte Menschenrechtsanwalt Thongbai Thongpao hat die Verteidigung Surachais übernommen. Es wird davon ausgegangen, daß es sich hierbei um einen typischen Fall handelt, wo die Regierung ihre politischen Opponenten durch Kriminalisierung auszuschalten versucht. Thailändische Menschenrechtsgruppen behaupten, daß Surachai weder für die Erschießung des Polizeioffiziers noch für den Bahnüberfall verantwortlich sei. Er habe lediglich Propaganda für die Passagiere mit einem Megaphon vom Bahnsteig aus gemacht. Ihrer Auffassung nach reichen die in der Gerichtsverhandlung gegen Surachai vorgebrachten Beweise für eine Verurteilung zum Tode nicht aus. Der einzige Zeuge, der Surachai mit der Tat belastet, ist die Frau des erschossenen Polizisten. Eine Reihe weiterer Zeugen, die beim Überfall dabei waren, halten Surachai nicht für den Mörder.

Nach der Verkündung des Todesurteils fordern Amnesty International und die Menschenrechtsgruppe Union for Civil Liberty in Bangkok Organisationen, Gruppen und Individuen weltweit auf, mit dringenden Aktionen ein Gnadengesuch Surachais zu unterstützen. Unterstützungsbriefe sollten an folgende Adresse gerichtet werden:

Seine Majestät König Phumipol,  
Chitlada Royal Palace,  
Bangkok Thailand

Premierminister Prem Tinasulanond  
Government House, Thai Khu Fa Bldg.  
Nakorn Pathom Rd.,  
Bangkok 10300/Thailand

Kopien bitte an:

IMBAS, Postfach 11 11 31  
6300 Gießen

vgl. Erklärung von "hot-line, Asia-Oceania" vom 5.2.1986; BP 30.1., 3.+5.2. 1986; BW 12., 19.2.1986; UCL 4/1985

#### Protest der Reisbauern

Am 6. Januar machten rund 3000 Reisbauern aus fünf Provinzen der Zentralebene eine Protestdemonstration gegen die Regierung wegen der fallenden Reispreise, für welche die Preispolitik des Handelsministers Kosol Krairiksh verantwortlich sein soll. Der Protest hielt vier Tage an, während das Problem sich verkomplizierte aufgrund von Konflikten innerhalb der Regierungskoalition und des Drucks der Oppositions-Parteien. Dies führte zum Rücktritt des Handelsministers am 15.1. und zu einer weiterführenden Kabinettsumbildung.

Der Mißerfolg der Reispreis-Politik, die darauf abzielte, den Preis für Padi bei 3000 Baht pro Tonne zu halten, wurde offensichtlich, als die Bauern bestenfalls einen Preis zwischen 2000 und 2500 Baht pro Tonne erzielten. Diese Situation hat sich in den letzten zehn Jahren alljährlich wiederholt. (vgl. SOA-Informationen 1/85, S.16)

Nach dem Rücktritt des Ministers wurde der pensionierte Polizeihauptmann Surat Osathanukroh zum neuen Handelsminister ernannt. Der Regierungssprecher Trairon Suwan-kiri gab vier Gründe für den Mißerfolg der Politik an: 1. Thailand sieht sich einer harten Konkurrenz auf dem überversorgten Weltmarkt gegenüber; 2. die ergriffenen Maßnahmen wurden nicht von den betroffenen Parteien unterstützt, d.h. die Reismühlen kauften keinen Reis zu den von der Regierung empfohlenen Preisen auf. Reismühlen sollten dafür Kredite zu niedrigen Zinsen von der Regierung über Privatbanken erhalten. In der Praxis erhielten nur die wenigsten Reismühlen solche Kredite, weil viele nicht kreditwürdig genug waren. 3. Viele Reismühlen nahmen nicht an dem Regierungsprogramm teil; 4. Export-Kaufleute kauften keinen Padi wegen zu viel einschränkender Vorschriften.

Der neue Handelsminister hat mit seinem Amtsantritt das Preisstabilisierungsprogramm und alle dazugehörigen Vorschriften vom Tisch gefegt, einschließlich der Maßgabe, daß Exporteure das 30fache dessen an Reis auf Lager haben müssen, was sie exportieren. Die Exportsteuer für eine Tonne Reis wurde je nach Qualität auf 200, 175 und 125 Baht reduziert.

vgl. BP 10., 11., 17., 23., 31.12.85; NR 6., 13.1.86; FEER 16.1.86, S.16; 23.1.86, S.8; 13.2.86 S.99; AW 16.2.86, S.54; Matichon (Thai) 8., 10., 14., 21.1.1986

#### Neue Gewerkschaftsführung strebt größere Einheit und Unabhängigkeit an

Zum neuen Präsidenten des Labour Congress of Thailand (LCT), dem größten Gewerkschaftsdachverband Thailands, wurde der 48jährige Thanong Po-arn von einer Transportarbeitergewerkschaft am 17.11.85 gewählt. Die Neuwahl wurde nötig, weil der frühere LCT-Präsident Ahmad Khamthetong, der von der staatlichen Eisenbahn nach einem illegalen Streik im August 1985 entlassen wurde, zurückgetreten ist und sich zur Zeit vor Gericht wegen Aufruhr im Zusammenhang mit dem Putschversuch vom 9. September 1985 verantworten muß.

Die neue Führung hat sich zur Auf-

gabe gemacht, Einheit und Unabhängigkeit in die thailändische Arbeiterbewegung zurückzubringen. Sie bezieht sich dabei auf den Bruch zwischen Ahmad Khamthetong und Paisarn Tawatchainan, was zu Gründung der TTUC (Thai Trade Union Confederation) 1982 unter Paisarns Führung führte. Die Ursache des Konflikts waren die Differenzen der zwei konkurrierenden Führer zur Frage, welche Rolle die Gewerkschaften in der Politik spielen sollten. Ahmad wollte ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften in der allgemeinen Politik während Paisarn sich auf gewerkschaftliche Fragen beschränkt. Ersterem gelang es, seine Position durchzusetzen, und er führte den LCT schließlich zu einer engen Zusammenarbeit mit bestimmten Fraktionen des Militärs, bis die Führer Ahmad und Sawad Lookdod nach dem Putschversuch im September 85 verhaftet wurden.

Der LCT hat unter Ahmads Führung in der Zeit von 1982-85 viel an Glaubwürdigkeit verloren, da er offensichtlich abhängig und zu einem Instrument einer Militärfraktion wurde. Thanong, der neu gewählte Präsident, sagte, er wäre dazu entschlossen, die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Organisation wiederzuerlangen.

Die Präsidenten-Neuwahl der LCT wurde vom Führer der konkurrierenden TTUC Paisarn mit folgenden Worten begrüßt: "Wir sind immer bereit, mit jeder Gewerkschaft zusammenzuarbeiten, solange es das Ziel ist, den Interessen der Mehrheit der Arbeiter zu dienen."

vgl. Nr.17., 18., 19.11.1985

#### Neues Tapioka-Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft

Das Nationale Thailändische Komitee für Tapioka-Politik unter Vorsitz des Handelsministers Kosol Krairiksh stimmte bei seiner Sitzung am 17.12.1985 einem neuen Tapioka-Abkommen mit der EG zu. Danach wird Thailand von 1987 an in den folgenden vier Jahren 21 Millionen t Tapioka in die EG exportieren können. Am 27.11.85 war das Abkommen mit den EG-Vertretern schließlich ausgearbeitet und ein Memorandum darüber unterschrieben.

Nach den Vereinbarungen kann Thailand den Export von Tapioka-Produkten im Jahr um 0,75 Mio. t auf insgesamt 5,25 Mio. t erhöhen. Auch kann Thailand bereits 0,5 Mio. t der Quote für 1987 in diesem Jahr exportieren und in kritischen Jahren die Jahresexportquote maximal auf 5,5 Mio. t erhöhen. Das auslaufende Tapioka-Abkommen sieht für die beiden Jahre 1985 und 86 lediglich eine Quote von 4,5 Mio. t vor

